

Inhaltsverzeichnis:	Seite:
Literaturverzeichnis	XXI
Abkürzungsverzeichnis	LXXXIX
<u>Teil I:</u>	1
A. Einführung	1
B. Gegenstand der Untersuchung	4
C. Gang der Untersuchung	4
D. Methodischer Ansatz	7
E. Die Wahl der Rechtsordnungen	9
1. Einführung	9
2. Zusätzliche Argumente für die Wahl der Rechtsordnungen im Hinblick auf die Fortentwicklung der europäischen Integration	10
a. Der institutionelle Rahmen	11
aa. Europaabkommen als Freihandelszone	11
ab. Ziele und Inhalte des Europaabkommens	12
b. Stellung Polens vor dem Beitritt bezüglich der Umsetzung einer EG-Richtlinie	14
Exkurs: „Besonderes demokratisches Defizit“ der KaufGewRL im polnischen Rechtssystem	16
3. Ergebnis	17
<u>Teil II. Begriffsklärung</u>	19
A. Einführung	19
B. Die einzelnen Begriffe	22
1. Verbraucherrecht	22
a. Vorüberlegung	22
b. Deutschland und Österreich	24
c. Polen	28
d. Zusammenfassung	45
2. Sonderprivatrecht	46
a. Einführung	46
b. Deutschland	46
c. Österreich	48
d. Polen	51
Exkurs	62
Ende des Exkurses	69
Ergebnis	74
C. Zusammenfassung	74
1. Verbraucherrecht	74
2. Sonderprivatrecht	75

Teil III. Richtlinie	77
A. Vorgeschichte der Richtlinie	77
1. Die Produkthaftungsrichtlinie	77
2. Produkthaftungsrichtlinie als richtige Stelle für die Harmonisierung des Gewährleistungsrechts? - Eine Bewertung	78
3. Vorschläge der Klauselrichtlinie	79
4. Bewertung und Zusammenfassung der Vorschläge	80
5. Grünbuch	83
a. Inhalt des Grünbuchs	83
b. Bewertung des Ansatzes der Kommission im Grünbuch	86
6. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6.05.1994	88
B. Kaufgewährleistungsrichtlinie	90
1. Einleitung	90
2. Beratungsweg des Richtlinienvorschlags	91
3. Ziele der Richtlinie	92
a. Steigerung des Niveaus des Verbraucherschutzes. Sicherstellung eines Mindestsockels an Rechten im Bereich der Gewährleistung	93
b. Verbesserung des Funktionierens des Binnenmarktes	94
c. Angleichung des Privatrechts als Nebenziel oder Nebenwirkung?	95
d. Hierarchie der Ziele	95
4. Rechtsgrundlage	96
5. Der Inhalt der KaufGewRL	100
a. Anwendungsbereich	100
aa. persönlicher Anwendungsbereich	100
ab. sachlicher Anwendungsbereich	103
b. geregelte Vertragsarten	106
c. Vertragsgemäßheit der Ware	109
ca. der Begriff - eine Einführung	109
cb. die Vermutung der Vertragsgemäßheit	110
1) Charakter der Vermutung	111
2) Einzelne Elemente der Vermutung	113
a) Übereinstimmung mit der Beschreibung, mit Probe und Muster	113
b) Eignung für einen bestimmten vom Verbraucher angestrebten Zweck, den der Verbraucher dem Verkäufer bei Vertragsschluss zur Kenntnis gebracht hat und dem der Verkäufer zugestimmt hat	113
c) Eignung des Verbrauchsguts für gewöhnliche Zwecke	113

von Gütern der gleichen Art	115
d) Aufweisen von Qualität und Leistung, die bei Gütern der gleichen Art üblich sind und die der Verbraucher vernünftigerweise erwarten kann, im Hinblick auf die Beschaffenheit des Gutes und gegebenenfalls die insbesondere in der Werbung oder bei der Etikettierung gemachten öffentlichen Äußerungen des Verkäufers, des Herstellers oder dessen Vertreters über die konkreten Eigenschaften des Gutes	115
cc. Ausschluss der Vertragswidrigkeit	118
cd. Montageklausel	118
1) Montage durch den Verkäufer oder unter dessen Verantwortung	118
2) Montage durch den Verbraucher	119
ce. Anders-, Mehr- und Minderlieferung	120
d. Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen der Vertragswidrigkeit	121
e. Beweislast	121
f. Rechtsbehelfe des Käufers	123
fa. Angestrebtes Harmonisierungsziel	123
fb. Die Idee einer Stufenlösung	123
fc. Inhalt der Stufenlösung	124
1) Erste Stufe: Nachbesserung oder Ersatzlieferung	124
2) Kriterien für den Übergang zur zweiten Stufe	129
3) Zweite Stufe: Minderung oder Vertragsauflösung	131
fd. Bewertung	132
g. Haftungsausschluss und Haftungsbeschränkung	132
ga. Haftungsausschluss	132
gb. Haftungsbeschränkung	133
gc. Fristen	134
gd. Mängelrüge	135
h. Mindestschutzcharakter	136
ha. Unabdingbarkeitsklausel	137
hb. IPR-Klausel	137
1) Sachlicher Anwendungsbereich des Art. 5 Abs. 1 EVÜ	138
2) Enger Zusammenhang i.S. des Art. 7 Abs. 2 KaufGewRL und Anknüpfungselemente	

	des Art. 5 Abs. 2, 3 EVÜ	139
i.	Regressanspruch	140
j.	Direktanspruch des Verbrauchers gegen den Hersteller	142
k.	Keine Regelung der Schadensersatzansprüche	143
l.	Regelung der „kommerziellen“ Garantie	144
m.	Abgrenzung Gewährleistung - Garantie	147
n.	Zusätzliche und ergänzende Regelungen	148
na.	Unterrichtung der Kommission	148
nb.	Unterrichtung der Verbraucher	148
o.	Einführung der außergerichtlichen Streitbeilegung	150
p.	Einbettung der KaufGewRL in das System des kollektiven Rechtsschutzes	150
q.	Pflicht zur Notifikation	150
r.	Hinweis auf Herkunft der Umsetzungsmaßnahme	151
s.	Zusätzliche Aufgaben der Europäischen Kommission	151
sa.	Überwachung der Anwendung der KaufGewRL	151
sb.	Transparenz bei der fakultativen Umsetzung	151
C.	Würdigung der KaufGewRL	152
1.	Tauglichkeit der KaufGewRL zur Verwirklichung der gestellten Ziele	152
a.	"Angleichung" an das EK 1980	153
b.	Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen	154
c.	Entwicklung des elektronischen Handels	154
d.	Regressanspruch	155
e.	klare Fristenregelung	155
f.	Regelung der Garantien	156
g.	Informationspflichten der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission	156
2.	Zusammenfassung	156
<u>Teil IV. Die Sachmängelgewährleistung beim Warenkauf - rechtsvergleichender Überblick</u>		159
A.	Einleitung	159
B.	Die Sachmängelgewährleistung beim Warenkauf im deutschen Recht - die Ausgangslage vor Umsetzung	160
1.	Einführung	160
a.	Ausgangspunkt Stückkauf	160
b.	Abweichungen beim beiderseitigen Handelskauf	160
c.	Fehlen einer besonderen Regelung der Verbraucherverträge	160
d.	Mangelfreiheit als Bestandteil der Erfüllungspflicht	160
2.	Voraussetzungen der Sachmängelhaftung	161
a.	Fehlerbegriff	161
aa.	Objektiver Fehlerbegriff	162
ab.	Subjektiver Fehlerbegriff	162

ac. Subjektiv-objektiver Fehlerbegriff	162
ad. Minderung oder Aufhebung des Wertes oder der Tauglichkeit.	
Relevante und irrelevante Fehler?	163
ae. Quantitätsabweichung	164
b. Falschlieferung	164
ba. Beim Stückkauf	164
bb. Beim Gattungskauf	165
c. Maßgeblicher Zeitpunkt	165
d. Ausschluss der Fehlerhaftigkeit bei geringfügigen Abweichungen	166
e. Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft	166
ea. Eigenschaft	166
eb. Zusicherung	167
ec. Maßgeblicher Zeitpunkt	169
3. Ausschluss der Sachmängelgewährleistung	169
a. Gesetzlicher Ausschluss	169
aa. Kenntnis und grob fahrlässige Unkenntnis des Mangels bei Vertragsschluss	169
ab. Annahme in Kenntnis des Mangels	170
b. Vertraglicher Ausschluss	170
ba. Allgemeine Grenze: Arglist des Verkäufers	170
bb. Ausschluss bei individueller Vereinbarung	170
bc. Ausschluss in vorformulierten Vertragsbedingung	171
4. Beweislast	172
5. Die Rechtsbehelfe	172
a. Einführung	172
b. Die einzelnen Gewährleistungsansprüche	173
ba. Wandlung	173
bb. Minderung	175
bc. Nachbesserung	175
bd. Nachlieferung	176
be. Schadensersatz wegen Nichterfüllung	176
1) Haftungsvoraussetzungen	176
2) Haftungsumfang	177
c. Verjährung	178
ca. Kurze Verjährungsfrist	179
cb. Regelmäßige Verjährungsfrist	180
6. Garantie	180
C. Die Sachmängelgewährleistung beim Warenkauf	
im österreichischen Recht - die Ausgangslage vor Umsetzung	181
1. Einführung	181
a. Gesetzssystematik	181
b. Mängelfreiheit als Bestandteil der Erfüllungspflicht	182
2. Gewährleistungstatbestand	182
a. der Mangelbegriff	182
aa. Subjektive Merkmale	183
ab. Objektive Merkmale	184

ac. Quantitätsabweichungen	185
ad. Anderslieferung (aluid)	185
b. Arten des Mangels	185
ba. Wesentliche und unwesentliche Mängel	186
bb. Behebbar und unbehebbar Mängel	186
c. Maßgeblicher Zeitpunkt	186
d. Gewährleistungsausschluss	187
da. Gesetzlicher Gewährleistungsausschluss	187
db. Vertraglicher Gewährleistungsausschluss	188
e. Beweislast	189
3. Rechtsfolge	189
a. Einführung	189
b. Gemeinsame Regeln für alle Rechtsbehelfe	189
c. Die einzelnen Rechtsbehelfe	190
ca. Wandlung	190
cb. Minderung	191
cc. Nachbesserung	191
cd. Nachtrag des Fehlenden	193
ce. Gewährleistungsfristen	193
d. Schadensersatz	194
e. Garantie	196
4. Abschließende Würdigung der österreichischen Regelung	196
D. Die Sachmängelgewährleistung beim Warenkauf im polnischen Recht - die weiterhin geltende Rechtslage außerhalb des Verbrauchsgüterkaufs	197
1. Einführung	197
2. Verordnungen zum Kaufrecht des ZGB - Sonderprivatrecht für Verbraucher?	200
3. Gewährleistungstatbestand	204
a. Begriff des Mangels	204
aa. Fehler	205
ab. Fehlen der zugesicherten Eigenschaften	208
ac. Unvollständiger Zustand	209
4. Rechtsbehelfe des Käufers	209
a. Einführung	209
b. Rechtsbehelfe im Einzelnen	211
ba. Rücktritt vom Vertrag	211
bb. Minderung	214
bc. Nachlieferung	215
bd. Nachbesserung	217
be. Schadensersatz	217
1) Einführung	217
2) Arten des Schadensersatzes	218
a) Verschuldensunabhängiger Schadensersatzanspruch gerichtet auf negatives Interesse	218

b) Verschuldensabhängiger Schadensersatzanspruch gerichtet auf positives Interesse	218
c) Schadensersatz wegen verspäteten Austauschs und Nachbesserung	219
bf. Exkurs. Außervertragliche Ansprüche	219
c. Die Geltendmachung der Gewährleistungsrechte	220
ca. Mängelrügepflicht	220
1) Einmonatiger Regelfall	220
2) Möglichkeit der Entdeckung	220
a) Untersuchungspflicht außerhalb der Unternehmensgeschäfte	220
b) Lebensmittel	220
c) Unternehmensgeschäfte	221
cb. Form der Geltendmachung	221
cc. Keine Frist bei Arglist des Verkäufers	222
d. Beweislast	223
e. Anspruchsberechtigter und Anspruchsgegner	223
f. Verjährung/Ausschlussfrist	224
fa. Einjährige Ausschlussfrist	224
fb. Besonderen Ausschlussfristen	226
fc. Ausnahme bei Arglist	226
fd. Verjährungsfrist	226
5. Haftungsausschluss	227
a. Einführung	227
b. Gesetzlicher Haftungsausschluss	227
c. Vertraglicher Haftungsausschluss	228
ca. Zulässigkeit des Ausschlusses	228
cb. Grenzen des Ausschlusses	230
cc. Kritik der herrschenden Meinung	230
cd. Verhältnis der Kenntnismahme des Mangels zur Arglist des Verkäufers	231
ce. Inhalt des Ausschlusses	231
6. Garantie	231
a. Einführung	232
aa. Gesetzliche Regelung	232
ab. Verkäufergarantie	232
ac. Herstellergarantie	233
b. Inhalt eines Garantieversprechens	235
c. Formen der Abhilfe	237
d. Geltendmachung	239
e. Akzessorischer Charakter der Garantie	239
f. Garantie und Gewährleistung	240
g. Berechtigter	241
h. Verpflichteter	241
i. Beweislast	242
j. Dauer der Garantie und Verjährung	242
7. Abschließende Würdigung der polnischen Regelung	243

E. Rechtsvergleichende Würdigung	247
1. Voraussetzungen der Sachmängelhaftung: Mangel der Kaufsache	248
2. Ausschluss der Haftung	249
a. Geringfügige Mängel	249
b. Kenntnis von Mängeln	249
c. Kein Ausschluss aufgrund des Verkäuferverhaltens	250
3. Untersuchungspflicht/Mängelrüge/ Mängelanzeige	250
4. Rechtsbehelfe	251
a. Katalog	251
b. Einzelne Rechtsbehelfe	251
ba. Nachbesserung	251
bb. Nachlieferung	252
bc. Rücktritt/Wandelung	253
bd. Minderung	254
be. Exkurs - Schadensersatz	255
5. Beweislast	256
6. Fristen/Verjährung	257
7. Garantie	258
F. Exkurs - Gewährleistungsrecht und Konkurrenzen	259
1. Sachmängelgewährleistung und Regelungen bezüglich des Vertragsabschlusses	260
a. Irrtum des Käufers	260
b. Täuschungsanfechtung	264
c. Fehlerhafte Aufklärung des Käufers	265
d. Ergebnis	266
2. Gewährleistungsrecht im Verhältnis zu Haftungsregeln bei Nicht- und Schlechterfüllung	266
a. Einführung	266
b. Nichterfüllung und Schlechterfüllung	267
c. Ergebnis	270
3. Das Verhältnis der Sachmängelgewährleistung zu Deliktsrecht und Produkthaftungsrecht	270
a. Allgemeines Deliktsrecht	271
b. Produkthaftung	273
4. Ergebnis	273
<u>Teil V. Die Umsetzung der KaufGewRI</u>	275
A. Vorüberlegungen	275
B. Rechtssystemübergreifende Umsetzungsfragen	278
1. Umsetzung durch richtlinienkonforme Auslegung?	278
2. Normative Umsetzung	280
a. Verfassungsrechtliche Schranken der gesetzlichen Umsetzungsfreiheit in den mitgliedstaatlichen Rechtssystemen	280

b. Überblick über die Umsetzungsmöglichkeiten in den einzelnen Rechtsordnungen	283
ba. Sondergesetz (so genannte additive Lösung)	284
bb. Integrationslösung	284
1) Kleine Umsetzung	284
2) Große Umsetzung	284
bc. Gemischte Lösungen - Umsetzung in Deutschland und Österreich	285
bd. Umsetzung im polnischen Recht	287
c. Zwischenergebnis	290
d. Möglichkeit der erweiterten Umsetzung	290
da. Rechtstheoretische/Rechtsdogmatische Schranken	290
db. Das Argument von Reich	292
dc. Gemeinschaftliche Vorgaben zur Umsetzungsfreiheit	293
1) Vorüberlegung	293
2) Regressanspruch gemäß Art. 4 KaufGewRL - "trojanisches Pferd" der Umsetzungsfreiheit? - Zwingende oder nur gebotene erweiterte Umsetzung?	293
a) Erste Auffassung : Keine Notwendigkeit der Regelung eines Regresstatbestandes	294
b) Zweite Auffassung: Kodifizierung eines Regresstatbestandes	295
c) Dritte Auffassung: Art. 4 KaufGewRL - die Inkonsequenz einer auf Verbraucherschutz orientierten EG-Richtlinie, oder verdeckte Rekonstruktion einer aufgegebenen Idee einer allgemeinen Regelung?	295
e. Ergebnis	304
f. Systematische Vorüberlegungen	306
fa. Sonderstellung der Unternehmensgeschäfte?	306
fb. Sonderstellung der Bürgerverträge?	307
fc. Eckdaten der Umsetzung	309
C. Geeignetheit der einzelnen Regelungen der KaufGewRL zur erweiterten Umsetzung	310
1. Sachlicher Anwendungsbereich der Umsetzungsmaßnahme - Verbrauchsgüterkauf als neuer Grundtypus des Kaufvertrages?	310
a. Verbraucherspezifische Vertragsarten?	311
aa. Art. 1 Abs. 4 KaufGewRL	311
ab. Art. 2 Abs. 5 S. 1 KaufGewRL - Montageverpflichtung	313
b. Argumente für eine erweiterte Umsetzung der Art. 1 Abs. 4 und Art. 2 Abs. 5 S. 1 KaufGewRL	314
c. Vertragsmäßigkeit	316
ca. Vergleich mit geltendem Recht	316
1) Inhaltliches Verhältnis	

der Vertragsmäßigkeit und der Fehlerbegriffe	316
2) Auswirkungen des Vergleichs auf die Umsetzung:	
Vertragswidrigkeit oder Fehler?	317
3) Erweiterungsfähigkeit einzelner Merkmale des Katalogs des Art. 2 Abs. 2 KaufGewRL	318
a) Kauf nach Beschreibung, Probe und Muster	319
i) Kauf nach Probe und Muster	319
ii) Kauf nach Beschreibung	319
b) Eignung für den vom Verbraucher angestrebten Zweck	320
c) Eignung für gewöhnliche Zwecke	322
d) Haftung für öffentliche Äußerungen - Art. 2 Abs. 2 lit. d KaufGewRL	322
 Exkurs: Bewertung und Verallgemeinerungsfähigkeit der Einbeziehung der Werbung in den Gewährleistungstatbestand	326
d. Die Aluid-Lieferung	332
e. Zeitpunkt des Vorliegens der Vertragswidrigkeit	335
f. Beweislastregelung	337
fa. Beweislastumkehr - Vermutung der Vertragsmäßigkeit	337
fb. Vermutung des Zeitpunkts des Vorliegens der Vertragsmäßigkeit	338
g. Haftungsausschlüsse	341
ga. In der KaufGewRL geregelte Ausschlüsse - gesetzliche Ausschlüsse	341
1) Ausschluss wegen Kenntnis des Mangels Art. 2 Abs. 3 1. Alt. KaufGewRL.	341
2) Ausschluss bei auf Eigenschaften des vom Verbraucher gelieferten Stoffs beruhender Vertragswidrigkeit, Art. 2 Abs. 3 2. Alt. KaufGewRL	342
3) Ausschluss bei Versäumnis der Mängelrüge	343
4) „Teilausschluss“ nach Art. 3 Abs. 6 KaufGewRL	345
gb. Vertragliche Ausschlüsse/Beschränkungen - AGB und Individualvereinbarung	346
h. Die Gewährleistungsrechtsbehelfe	350
ha. Einführung	350
hb. System	350
hc. Primäre Rechtsbehelfe	351
1) Wahlrecht zwischen Nachbesserung und Ersatzlieferung	355
2) Geeignetheit des Nacherfüllungs- Nachbesserungsanspruchs für alle Kaufverträge?	357
3) Der Nacherfüllungsanspruch	358
hd. Sekundäre Rechtsbehelfe	360
1) Verweis auf nationales Recht bei Ausführung	

der Rechtsbehelfe	365
2) Minderung	366
3) Vertragsauflösung	367
4) Vorteilsausgleich	369
i. Gewährleistungsfristen	370
ia. Frist des Art. 5 Abs. 1 KaufGewRL	370
1) Beginn - die Regel	372
2) Verjährungsbeginn bei arglistigem Verschweigen des Mangels	372
ib. Frist des Art. 5 Abs. 2 KaufGewRL (Mängelrüge)	373
j. Garantie	375
k. IPR-Regelung	379
D. Ergebnis	379
<u>Teil VI - Gewährleistungsrecht und Gemeinschaftsrecht.</u>	
<u>Notwendigkeit weiterer Vereinheitlichung</u>	383
A. Einführung	383
B. Bedürfnis nach Vereinheitlichung auf EG-Ebene	384
1. Gewährleistungsrecht und freier Warenverkehr	384
a. Binnenmarktrelevanz des Gewährleistungsrechts	385
b. Zivilrechtliche Normen im Lichte der Warenverkehrsfreiheit in der Rechtsprechung des EuGH	387
c. Gewährleistungsrecht als Hemmnis des freien Warenverkehrs in der Rechtsprechung des EuGH - Fall Alsthom Atlantique	389
ca. Einführung	389
cb. Sachverhalt (vereinfacht)	390
cc. Stellungnahme der Kommission und des Generalanwalts	392
cd. Urteil des EuGH	392
ce. Stellungnahme der Literatur zu dieser Entscheidung	393
1) Ablehnende Meinungen	393
2) Zustimmungende Meinungen	394
cf. Eigene Stellungnahme zur Alsthom Atlantique-Entscheidung des EuGH- Sachverhalt des <i>Alsthom Atlantique</i> -Urteils - ein Lösungsversuch	395
1) Einführung	395
2) Anwendbarkeit des EK 1980	396
3) Beschränkung der freien Rechtswahl	397
4) Ergebnis	398
2. Urteil Alsthom Atlantique als Grundsatzentscheidung zum Verhältnis der Warenverkehrsfreiheit zum Zivilrecht	398
a. Gewährleistungsrecht als Maßnahme gleicher Wirkung i.S.d. Art. 28/29 EG	398
b. Rechtfertigung des Eingriffs	400
c. Auswirkungen des Urteils in der Rechtssache Keck	400
ca. Keck-Urteil - ein Überblick	401
cb. Gewährleistungsrecht - eine produktbezogene	

Maßnahme oder Verkaufsmodalität?	402
3. Gesamtes oder nur zwingendes Recht - als Maßnahme gleicher Wirkung?	404
a. Argumente für die Einbeziehung des dispositiven Rechts	405
b. Argumente gegen die Einbeziehung des dispositiven Rechts	405
ba. Verwirklichung der Parteiautonomie als Hauptziel der Warenverkehrsfreiheit	406
bb. Gleichwertigkeit der Rechtsordnungen im Rahmen der Warenverkehrsfreiheit	407
bc. Keine Drittwirkung der Grundfreiheiten	407
c. Ergebnis	409
C. Vereinheitlichung durch positives Recht	409
1. Vereinheitlichung auch bei fehlendem Verstoß gegen die Grundfreiheiten?	409
a. Auffassung des EuGH	409
b. Ergebnis	410
2. Argumente für die Vereinheitlichung	411
3. Schlussfolgerung für die Vereinheitlichung	413
4. Kompetenznorm bezüglich der Vereinheitlichung	414
a. Einführung	414
b. Übersicht über die Rechtsgrundlagen	414
c. Art. 95 EG	415
d. Ergebnis	417
5. Kompetenzausübungsschranken	417
a. Subsidiarität - Art. 5 Abs. 2 EG	417
b. Erforderlichkeit - Art. 5 Abs. 3 EG	419
ba. Alternativen zur Harmonisierungsmaßnahme	420
1) Kollisionsrechtliche Lösung	420
2) Kodifiziertes Welthandelsrecht	422
3) Soft law	422
4) Recht auf Wahl einer anderen Rechtsordnung der EU	423
5) Informationsmodell	424
bb. Form und Inhalt der Vereinheitlichungsmaßnahme	426
1) Vereinheitlichung des dispositiven Rechts ?	427
a) Ablehnende Meinungen zur Vereinheitlichung des dispositiven Rechts	427
b) Auffassungen pro Vereinheitlichung	428
c) Kritik an der Auffassung der herrschenden Meinung	428
2) Einbeziehung der KaufGewRL in die künftige Maßnahme	429
3) Vereinheitlichung nur für grenzüberschreitende Sachverhalte?	432

D. Ergebnis	433
<u>Teil VII - Schlussbemerkungen</u>	435
Anhang	437
1. EG-Vertrag/Europaabkommen	438
2. KaufGewRL	442
3. ABGB a.F.	451
4. KSchG a.F.	452
5. ZGB	453
6. VO 1995	459
7. ABGB n.F.	465
8. KSchG n.F.	468
9. Gesetz über die besonderen Bedingungen für den Verbrauchsgüterkauf und über die Änderung des Zivilgesetzbuchs vom 27. Juli 2002	471